

öffentliche Gemeinderatssitzung vom 15. Oktober 2020

Der Vorsitzende, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eröffnet um 12.15 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz. Er stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen, darf Sie alle ganz, ganz herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung begrüßen, darf feststellen, dass der Gemeinderat, wie immer, ordnungsgemäß einberufen wurde, und dass der Gemeinderat heute auch beschlussfähig ist.

4 Entschuldigungen

Bgm. Mag. Nagl:

Entschuldigt sind für heute Herr Gemeinderat Dr. Hofer von der ÖVP, er ist leider dienstlich verhindert, Frau Gemeinderätin Kumpitsch von der ÖVP, sie ist leider erkrankt, Frau Gemeinderätin Zitek ebenso und Herr Klubobmann Ehmman ist heute auch nicht unter uns, weil er dienstlich verhindert ist.

5 Verlesung der GR.-Anfrage 839/2020

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, heute habe ich keine Mitteilungen vor der Tagesordnung zu machen. Aus diesem Grund werde ich jetzt einer Bitte nachkommen, die Frau Gemeinderätin Christine Braunersreuther mir gegenüber geäußert hat. Sie hat gebeten, dass ich eine Beantwortung ihrer Anfrage auch verlesen möge, ihre Anfrage, die sie am 23. April heurigen Jahres gestellt hat, es ging um die Menschenrechtsstadt Graz als sicherer Hafen. Frau Gemeinderätin Braunersreuther hat von mir eine Antwort erhalten, diese werde ich nun verlesen.

In der Gemeinderatsitzung am 23. April haben Sie eine Anfrage betreffend Menschenrechtsstadt Graz als sicherer Hafen gestellt, hierzu darf ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Graz genießt als UNESCO- und älteste europäische Menschenrechtsstadt international großes Ansehen. Auf dieser Basis ist auch die Entscheidung der UNESCO zu verstehen, Graz mit dem weltweit erst zweiten Trainingszentrum für Menschenrechte zu betrauen. Der finanzielle Beitrag der Stadt Graz beträgt hier, auf fünf Jahre aufgeteilt, 750.000 Euro. Der Kernauftrag dieses Zentrums, das gemeinsam von UNESCO, Bund, Land Steiermark und der Stadt getragen wird, ist die Befähigung zur Menschenrechtsarbeit vor Ort. Damit verfolgen wir das klare Ziel, das von allen Seiten immer wieder eingefordert wird, Flüchtlingsbewegungen durch Vor-Ort-Hilfen zu verhindern. Das ist unsere politische Überzeugung, dass es langfristig erfolgversprechender ist, in Krisengebieten mit professionellen Hilfestellungen mitzuwirken und die Lebensumstände der Menschen in ihren Herkunftsländern zu verbessern. Ausdrücklich zu betonen ist, dass es hier nicht darum geht, Menschen generell von uns fernzuhalten, sondern möglichst viele für ein möglichst gutes Leben in ihrer Heimat zu unterstützen. Es ist unbestritten, dass es unterschiedlichste Formen der Solidarität mit Menschen vor und auf der Flucht

gegeben soll. Unser Beitrag ist der zuvor beschriebene, wir verwehren uns aber auch gegen den indirekten Vorwurf, eine integrationsfeindliche Stadt zu sein: Knapp ein Viertel unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger haben einen Migrationshintergrund, so wie viele von ihnen aktiv an der Entwicklung der Stadt mitwirken, leistet auch Graz seit Jahrzehnten eine vielfältige und ressourcenintensive Integrationsarbeit.

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Ein Leben ohne ständige (Todes)Angst führen zu können, gehört zu den fundamentalen Menschenrechten. In einer Stadt der Menschenrechte, wie Graz es ist, sollte deutlich werden, dass sie diesen Grundsatz aktiv unterstützt.

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Und das auch in Zeiten der Corona-Pandemie, in der wir bei aller nationalen Solidarität nicht auf die Verpflichtung zu internationaler Solidarität vergessen dürfen. Das kleine Land Luxemburg ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat sich als erstes bereit erklärt, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus den überfüllten Lagern Griechenlands aufzunehmen, um sie nicht dort der Pandemie-Gefahr auszusetzen. Andere Länder wie Deutschland haben nachgezogen und nehmen nun auch Kinder auf. Österreich jedoch untersagt weiterhin jegliche Hilfe.

Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird und von Seiten der EU zutiefst die europäischen und christlichen Werte, die Menschenrechte und das Völkerrecht verletzt werden, muss die kommunale Politik tätig werden.

Kommunen können sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklären und für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Hier waren es Kommunen, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereiterklärt haben und mit ihrem gesunden Maß an Humanismus Druck auf die Bundesregierung ausgeübt haben. Einer

Menschenrechtsstadt wie Graz würde es gut anstehen, eine Vorreiterrolle in diesem humanistischen Handeln einzunehmen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die Menschenrechtstadt Graz im Sinne der SEEBRÜCKE zum „Sicheren Hafen“ zu erklären und eine öffentliche Solidaritätserklärung abzugeben?

Originaltext der Beantwortung:

Graz genießt als UNESCO- und älteste europäische Menschenrechtsstadt international großes Ansehen. Auf dieser Basis ist auch die Entscheidung der UNESCO zu verstehen, Graz mit dem weltweit erst zweiten Trainingszentrum für Menschenrechte zu betrauen.

Der finanzielle Beitrag der Stadt beträgt hier auf fünf Jahre aufgeteilt 750.000 Euro. Der Kernauftrag dieses Zentrums, das gemeinsam von UNESCO, Bund, Land Steiermark und der Stadt Graz getragen wird, ist die Befähigung zur Menschenrechtsarbeit vor Ort. Damit verfolgen wir das Ziel, das von allen Seiten immer wieder eingefordert wird, Flüchtlingsbewegungen durch Vorarhilfe zu verhindern. Es ist unsere politische Überzeugung, dass es langfristig erfolgversprechender ist, in Krisengebieten mit professionellen Hilfestellungen mitzuwirken und die Lebensumstände der Menschen in ihren Herkunftsländern zu verbessern. Ausdrücklich zu betonen ist, dass es hier nicht darum geht, Menschen generell von uns fernzuhalten, sondern möglichst viele für ein möglichst gutes Leben in ihrer Heimat zu unterstützen.

Es ist unbestritten, dass es unterschiedlichste Formen der Solidarität mit Menschen vor und auf der Flucht geben soll. Unser Beitrag ist der zuvor beschriebene.

Wir verwehren uns aber auch gegen den indirekten Vorwurf, eine integrationsfeindliche Stadt zu sein. Knapp ein Viertel unserer Mitbürgerinnen und

Mitbürger haben einen Migrationshintergrund. So wie viele von ihnen aktiv an der Entwicklung der Stadt mitwirken, leistet auch Graz seit Jahrzehnten eine vielfältige und ressourcenintensive Integrationsarbeit!

Bgm. Mag. Nagl:

Soweit mein Schreiben an die Frau Gemeinderätin (*Appl.*).

Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte, Frau Gemeinderätin Braunersreuther.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm. Mag. Nagl:

Weil ich gerade vernommen, dass es eine kleine Diskussion gibt, über die gewählte Vorgangsweise; ja, es ist möglich, Anfragen auch verlesen zu lassen, dass wir dann letzten Endes auch eine Wechselrede zuzulassen haben, so ist es in der Geschäftsordnung geregelt. Maximal 2 Personen pro Fraktion können sich hier auch zu Wort melden. Frau Gemeinderätin, Sie sind am Wort.

GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ **Braunersreuther:**

Vielen Dank zunächst für die Antwort, aber auch für die Aufklärung bezüglich der Geschäftsordnung. Ich habe diese Antwort nicht so zum Spaß verlesen lassen, sondern weil sie für mich nicht zufriedenstellend ist. Wenn ich jetzt Lehrerin wäre, dann würde ich sagen, dass es eine klare Themenverfehlung ist, denn meine Anfrage, die ich am 23. April schon gestellt habe, das war, bevor das Lager in Moria gebrannt hat und noch bevor das Folgelager Kara Tepe, das ja auch mit Geldern aus Österreich finanziert worden ist, im Schlamm versunken ist, die Bilder kennen Sie wohl alle. Weshalb ich sage, es ist eine Themenverfehlung, die Hilfe in

Griechenland ist keine Hilfe vor Ort. Die Einrichtung eines Menschenrechtszentrums, das Möglichkeiten erarbeitet, wie man vor Ort in Kriegs- und anderen Krisengebieten helfen kann, betrifft nicht Menschen wie die Menschen, die in den Lagern wie Moria, Kara Tepe und vielen anderen Lagern sind, denn das sind Lager für Geflüchtete aus Gebieten, in denen Krieg oder Hungersnot oder andere Menschenrechtsverletzungen nicht verhindert werden konnten und die deshalb geflohen sind. Das betrifft Menschen, denen zum Teil ihr Recht auf Asyl schon offiziell beschieden wurde und die trotzdem nicht rechtmäßig in diese Lager gesperrt werden und gezwungen werden, da zu bleiben. Das betrifft Erwachsene ebenso wie Kinder, für die es eigentlich heißt, dass sie möglichst schnell diese Lager verlassen sollten, und um die Integration zu beschleunigen, auch Schulen besuchen sollten. Das Grundrecht auf Bildung wird hier auch missachtet, denn Kinder haben dieses Grundrecht auf Bildung und sie sollten Schulen besuchen, das ist ihnen aber dort in diesen Lagern nicht möglich. Deshalb möchte ich diese Frage wiederholen, eine Menschenrechtsstadt sollte auf die Hilfe, die jetzt benötigt wird, reagieren, auf das, was aktuell passiert ist, diese Kriege in Syrien finden statt, diese Hungersnöte in vielen afrikanischen Ländern, die wir durch den Klimawandel verursacht haben, ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ **Braunersreuther:**

... die finden statt. Könnten Sie bitte die unqualifizierten Kommentare für später oder für daheim aufbewahren?

Deswegen muss jetzt darauf reagiert werden, diesen Menschen muss jetzt geholfen werden und das können die Schengen-Außenländer nicht alleine schaffen. Da sind wir alle mitverantwortlich und an diese Hilfe vor Ort, ich hoffe mal, dass dieses Menschenrechtszentrum das dann auch in Betracht ziehen wird,

an diese Hilfe vor Ort, das hat mein Kollege das letzte Mal schon gesagt, können wir erst dann glauben, wenn Österreich sämtliche Waffenexporte einstellt, denn Kriege können überall ausbrechen, und sich aktiv dafür einsetzt, dass dieser ganze neokoloniale, wirtschaftliche Raubbau, das betrifft die Billigproduktion von Elektronik, aber auch von Bekleidung, dass das beendet wird und dann haben wir keine Fluchtsituationen mehr, aber das möchte ich dann bitte sehen und da möchte ich bitte dann auch Lösungen haben von einem Menschenrechtszentrum, in das wir Geld stecken. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke, Frau Gemeinderätin, ich werde mir erlauben, Ihnen heute die Antwort zu geben, die Sie sich vielleicht erwünscht haben, auch wenn Sie in Ihrer Anfrage an mich Dinge geschrieben haben wie: „Österreich untersagt weiterhin jegliche Hilfe“, „Die Bundespolitik wird ihrer Verantwortung nicht gerecht“ und vieles mehr. Wenn Sie von mir eine Antwort auf die Frage bekommen haben, dann ist das, wenn ich so sagen darf, der nachhaltigste Punkt unserer Arbeit. Die Einrichtung eines Menschenrechtszentrums, wo Menschen aus den Ländern, wo diese Probleme herrschen, die wir Gott sei Dank nicht kennen in diesem Ausmaß, hier ausgebildet werden, in ihre Heimat gehen und mithelfen, das System zu verändern, auch in ein rechtsstaatliches, demokratisches und friedliches Zuhause zu investieren, das ist das langfristige Ziel und deswegen habe ich Ihnen diese Antwort gegeben. Ich glaube, dass das keine Themenverfehlung ist, aber ich danke Ihnen für diese Anfrage auch heute wieder. Sie spricht zwei richtige, wichtige Punkte an: a, die Herausfordernden, die mit dem Flüchtlingslager in Moria nun auch ein wirkmächtiges, uns allen unmittelbar betroffen machendes Bild gefunden haben, braucht internationale Solidarität, und b, eine Menschenrechtsstadt wie Graz hat hier eine Vorreiterrolle einzunehmen, aber ich behaupte, dass Graz diese Rolle längst eingenommen hat. Ich komme darauf zu sprechen. Zweitens: Zugleich gilt aber auch mein Appell, hier nicht auf dem Rücken der Betroffenen eine Politik

der Gefühle zum Maßstab des Handelns werden zu lassen; nein, Sie werden von mir nicht den Satz hören, dass die Rettung eines Menschen nur ein Symbolakt sei. Jedes Leben ist in seinem Wert einzigartig, die Würde des Menschen ist kein Verhandlungsgegenstand und gerade deshalb sollten wir uns die politischen Entscheidungen in diesem Bereich nicht leichtmachen. Die einfache Antwort gibt es hier nicht, niemand bedauert das mehr als ich, sieht man nicht zuletzt auch an der Uneinigkeit, die hier in der EU zu erkennen ist. Nur zur Erinnerung: Elf Mitglieder wollen Kinder von Moria aufnehmen, wenn ich nun Griechenland und Österreich sinnvollerweise nicht mitrechne, lehnen dies 14 Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union ab. Sie können es sich nun einfach machen und mit dem moralischen Zeigefinger zwischen den guten und den bösen Mitgliedsstaaten oder Politikern unterscheiden, aber Sie machen es sich aus meiner Sicht damit zu einfach. Verantwortung, Frau Gemeinderätin, heißt mehr, als nur einer idealistischen Gesinnung zu folgen, wir müssen vor allem die Verantwortung für die Folgen tragen. Gerade aus diesem Grund halte ich die sicherlich gut gemeinten Aktivitäten, wie Seebrücke, oder auch die von meinem Vorgänger im Bürgermeisteramt und dem früheren Caritas-Präsidenten initiierte Aktion, für den falschen Weg. Alleine das Feilschen um die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge, wie sie unterschiedlich gefordert wird, ist schon eine Zumutung für jeden humanistisch denkenden Menschen, aber dies ist ohnehin die am wenigsten nachhaltige Lösung. Warum gerade ein griechisches Lager? Weil es von dort die besseren Fernsehbilder gibt. Was ist mit den Lagern in der Türkei, im Libanon, in Nordafrika oder mit den Umerziehungslagern in China und den Lagern in Bangladesch, der mexikanischen/US-amerikanischen Grenze? Und ich habe viele auch das letzte Mal hier im Gemeinderat aufgezählt bei der Debatte; die Flüchtlinge, die in Griechenland angekommen sind, haben ihr Ziel erreicht, die Europäische Union, und ich meine dies in keiner Weise zynisch, ganz im Gegenteil, wir sollten ernsthaft über Griechenland reden und ich versuche gerade zu verstehen, warum jene, die sich sonst immer als die glühendsten Europäer geben und uns ständig vorwerfen, zu national zu sein, auf einmal so tun, als wäre

Griechenland nur ein europäischer Vorhof, das ist die Europäische Union und die Zustände in Griechenland, die sind mehr als diskussionswürdig. Wo bleibt hier die Kritik an einem Land, das innerhalb Europas überhaupt erst solche Zustände zulässt? Wenn ich den Medien entnehme, dass es so stimmt, die umfangreich erhöhten österreichischen Hilfen nicht unverzüglich in den Lagern angekommen sind, sollten Sie von den Politikern, vor allem der linken Seite, nicht unseren Innenminister kritisieren, sondern auf die Zustände in Griechenland verweisen. Zugleich muss aber auch eines gelten: Die völkerrechtliche Souveränität eines Staates hängt wesentlich auch davon ab, dass er selbst entscheidet, wer hier lebt oder nicht lebt. Wir müssen das Flüchtlingsproblem als globale Anstrengung an der Wurzel bekämpfen, und das heißt in erster Linie vor Ort. Von Österreich aus wurden bereits 55 Tonnen Hilfsgüter nach Griechenland gebracht, darunter beheizbare Quartiere für bis zu 2.000 Menschen, mit Matratzen, mit Decken, mit medizinischem Material und einem Hygienepaket, zusätzlich entsendet Österreich einen Arzt und zehn Sanitäter. Was meinen Sie hilft mehr, 100 aufgenommene Flüchtlinge oder ein Quartier für 2.000 Menschen, das Österreich gerade ermöglichen würde, wenn es halt Griechenland zulässt? Auch die finanzielle Soforthilfe wurde von 1 Mio. Euro auf 2 Mio. Euro verdoppelt, ebenfalls angehoben wurde der Auslandskatastrophenfonds von 25 Mio. Euro auf 50 Mio. Euro. Ich sage das deswegen, weil in Ihrer Anfrage damals gestanden hat, die Österreichische Bundesregierung hilft in keiner Weise. Im Asylbereich leistet Österreich seit Jahren einen großen Beitrag; seit 2015, ich habe jetzt wieder versucht, diese ganzen Zahlen einmal zusammenzutragen, seit 2015 wurden in Österreich 200.000 Asylanträge gestellt, davon wurden 119.000 positiv erledigt. Bei den Schutzgewährungen liegt Österreich EU-weit damit an dritter Stelle; bei der Pro-Kopf-Quote in Bezug auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, über die wir ja auch stark diskutieren, sogar an zweiter Stelle, mehr als 700 unbegleitete Minderjährige wurden alleine heuer, nur heuer, in die Grundversorgung aufgenommen, soviel zum Zahlenspiel. Wenn Luxemburg mit 612.000 Einwohnern, sagt, sie nehmen 12 Kinder auf, Soforthilfe vor Ort ist das eine, ein weiteres ist

unser Engagement als Menschenrechtsstadt im Rahmen der UNESCO. Sie wissen, dass wir hier in Graz dieses Trainingszentrum haben, das vor allem unsere Expertise in jene Regionen bringt, von wo aus die Flüchtlingsbewegungen auch herkommen. Was meinen Sie hilft mehr, 100 aufgenommene Flüchtlinge oder eine hochkompetente Unterstützung der regionalen Menschenrechtsorganisationen, die mit uns von Graz aus zusammenarbeiten? Und es ein Letztes der ständig ausgesprochene oder unausgesprochene Vorwurf, dass Graz hier seiner Verpflichtung als Menschenrechtsstadt nicht nachkomme, stimmt selbst dann nicht, wenn wir unsere Hilfe vor Ort, beispielhaft eben in den beiden eben angesprochenen Punkten, ausklammern würden. Wir helfen ziemlich stark in Graz und selbstverständlich, wenn in Österreich Flüchtlinge aufgenommen werden, hat Graz seinen Anteil nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt. In der Flüchtlingskrise 2015, meine Damen und Herren, hat die Stadt Graz Großartiges geleistet, noch heute sind etwa in der Grundversorgung rund ein Drittel aller steirischen Asylwerber in Graz untergebracht, während wir aber in der Steiermark nur ein Viertel der Gesamtbevölkerung beherbergen. Zwischenzeitlich war dieser Wert sogar bei über 40 %. Zweitens: In der Sozialhilfe, Mindestsicherung, zeigt sich ein ähnliches Bild. 2005, vor 15 Jahren, gab es in Graz 2.691 Haushalte, also nicht einmal 3.000, die Sozialhilfe bezogen haben, 344, das waren damals 12,78 %, waren nicht Österreicher, heute, 2020, hat sich nicht nur der Wert der Sozialhilfebezieher auf 6.649 eigentlich fast verdreifacht, der Anteil der Nicht-Österreicher ist auf 48,32 %, also von 12,78 auf 48,32 %, der Haushalte gestiegen. Zählt man nicht die Haushalte, sondern die bezugsberechtigten Personen, meine Damen und Herren, liegt dieser Wert bei 59,41 %. Knapp 53 % der bedarfsorientierten Mindestsicherung in Graz geht schon heute an sogenannte Drittstaatsangehörige. Bei der Sozialhilfe, die im Vergleich dazu allerdings nur einen geringen Teil ausmacht, sind es sogar mehr als 95 %, das heißt, die Menschen die zu uns kommen, und aus welchen Gründen hier am Arbeitsmarkt eben sich nicht einbringen können und es nicht schaffen, bekommen mittlerweile zu 95 % aus diesem Titel Zuwendungen, und das ist im Übrigen auch der

Sprengstoff für den sozialen Frieden in einer Stadt und gerade auch deshalb haben wir in den vergangenen Jahren vieles im Bereich der Integration getan, Kurt Hohensinner hat alleine das Budget verdoppelt. Meine Phantasie reicht ja noch irgendwie aus, um Ihre parteitaktischen Motive zu erkennen, aber bitte hört alle auf damit, Graz in irgendeiner Weise nur schlechtzureden, wenn es um die Menschenrechte geht und dafür auch noch das Elend ... *(Appl.)*

... von Flüchtlingen zu instrumentalisieren. Ich glaube, dass wir unsere Verantwortung sehr ernst nehmen, aber das gilt für alle Grazerinnen und Grazer, die in unserer Stadt leben, ich bedaure sehr, dass wir viele, die in den letzten fünf Jahren zu uns gekommen sind, noch nicht integriert haben. Ich nehme an, in diesem Punkt treffen wir uns, aber ich bin nicht bereit, davor meine Augen zu verschließen und ich nehme an, hier treffen wir uns nicht, und ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, die Mehrheit in unserer Stadt sieht eine weitaus größere Notwendigkeit darin, den noch nicht Integrierten hier Heimat zu geben, als zusätzlich wieder neue Flüchtlinge nach Graz zu holen und so komme ich zu unserer Verantwortung hier vor Ort. So sehen wir im Bildungs- und Sozialbereich die Folgen der vergangenen Jahre. Noch im Jahr 2005 hatten 29 % der Volksschüler in Graz eine andere Muttersprache als Deutsch, heute, 15 Jahre später, liegt dieser Wert bei rund 54 %. Auch der Anteil jener Kinder, denen es aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht möglich ist, dem Unterrecht zu folgen, ist im selben Zeitraum von 7 % auf 17 % gestiegen, da haben wir echt etwas zu tun, die Menschen, die wir aufnehmen, da haben wir eine Verpflichtung, sie zu integrieren, und wenn ich es so sagen darf, und ihnen auch hier vor Ort bei uns dann beizustehen. Integration ist aber auch sehr stark von der Zahl der zu integrierenden Menschen abhängig. Um die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft zu erhalten, und das möchte ich hier so betonen, um die Integrationsfähigkeit auch in Graz zu erhalten, ist deshalb eine restriktive Zuwanderungspolitik ein Gebot der Verantwortung gegenüber den Grazerinnen und Grazern. Wer von uns nach Graz geholt wird, dem müssen wir auch garantieren können, dass wir die Verantwortung im Sinne positiver Zukunftschancen übernehmen können *(Appl.)*.

Niemanden in diesem Haus, niemanden, Frau Gemeinderätin, und das ist meine feste Überzeugung, lassen die Bilder, die uns medial täglich überhäufen, kalt, wer ein Herz hat, wird mit diesen Menschen Mitleid haben. Bloß ständige Schuldzuweisungen helfen uns nicht weiter, ich glaube, wir haben gute Argumente, warum der von uns verfolgte Weg ein sehr, sehr guter ist, ob er ein besserer ist, weiß ich nicht, für die Betroffenen in den Lagern, ebenso wie für die Betroffenen in Graz. Graz als Menschenrechtsstadt wird sich einem fairen und solidarischen Europa sicherlich niemals entgegenstellen, aber tun wir nicht so, als wäre die Aufnahme von Flüchtlingen alleine schon ein Akt der Integration. Menschen nur nach Österreich zu holen, ohne zu wissen, wie es mit ihnen weitergeht, wird so erfolglos bleiben, wie einen Verband um eine Wunde zu wickeln, ohne diese auch zu behandeln. Vielleicht war ich jetzt zu ausführlich, aber ich denke nicht, dass es eine Themenverfehlung war (*Appl.*).

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich habe ja letztes Mal schon eine lange Rede gehalten und daher werde ich mich jetzt explizit wirklich nur sehr kurz halten.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GRⁱⁿ Heinrichs:

Zu schade, dann kann ich auch ausholen, wenn du das willst, Herr Kollege. Aber wie gesagt, bleiben wir sachlich. Ich habe mir jetzt ein paar Sachen notiert und möchte nur auf ein paar wenige Punkte eingehen. Das Wichtigste ist mir einmal, Sie haben gesagt: „Hören wir auf mit dem Schlechtreden der Dinge, die in Graz passieren.“ Davon kann keine Rede sein, immer wieder ist mir das aufgefallen, in

den letzten Jahren, ich bin ja jetzt schon die zweite Periode dabei, dass Sie kritisieren vor allem die Leute, die Damen und Herren in der Opposition, immer wird hier alles schlecht gemacht, davon kann keine Rede sein. Wir stimmen vielen, vielen und den allermeisten Punkten bei, aber zum Thema; Sie haben gesagt, man soll aufhören den Herrn Innenminister zu kritisieren. Ich sage Ihnen gerne, warum wir das tun müssen. Der Innenminister ist in Griechenland angekommen, das war medial nicht zu übersehen, mit diesem Transporter, mit der Maschine und im gleichen Bericht hatten wir den Gouverneur von Lesbos gehört, der wortwörtlich gesagt hat, er bedankt sich bei Österreich, aber es ist das Geld und es sind die Lieferungen nicht notwendig, denn, was wir hier unten wollen, und das war der Inhalt meiner Rede auch im Wesentlichen letztes Mal, ist, diesen Status quo, den wir vor dem Brand gehabt haben, dieser ist nicht mehr aufzurichten, das muss man doch verstehen. Es kann einem ja nicht nur um die bedauernswerten Menschen, um die Kinder, um die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen gehen, das ist ja der Hauptgedanke bei den zwei Initiativen, die der Kollegin Braunersreuther und meiner, weil ich habe ja meine auch schon vor dem Brand gemacht, das war im Juni die Anfrage an Sie, sondern man muss ja doch wohl auch denken an die ursprünglichen Bewohner dieser Gegenden. Ich habe auch in meiner Rede letztes Mal gesagt, Moria steht für mich nicht nur für dieses Lager, sondern für die anderen Lager in Europa und deshalb erlauben Sie mir diese Kritik mit Respekt. Sie haben dann aufgezählt die vielen Lager dieser Erde, das ist uns natürlich alles nicht verborgen, das ist ganz klar, aber noch einmal, um Sie zu zitieren, Herr Bürgermeister, auch das habe ich immer wieder gehört in den letzten Jahren: Tun wir doch nicht so hier im Gemeinderat, als könnten wir die ganze Welt retten. Nein, da haben Sie Recht, dafür sind wir nicht ausgezogen, deshalb habe ich letztes Mal explizit die Lager Europas aufgezählt, weil da hat man doch einen gewissen Anteil, auch was das Handeln betrifft, aufgezählt und ganz zum Schluss, Sie haben vollkommen richtig gesagt, da sind wir natürlich einer Meinung, die Hilfe müsste und muss natürlich weiterhin in den Herkunftsländern passieren, aber genau das, sehr geehrter Herr Bürgermeister, mit Respekt, passiert

ja nicht, weil sonst wären ja diese Zustände dort nicht so wie sie sind. Und jetzt zum Schluss auch eine Zahl, ich habe kürzlich einen Bericht gehört und dann auch gelesen, nachgelesen. Ich weiß nicht, wie es prozentuell für Graz ausschaut, aber Österreich hat die Hilfen für die Ärmsten der Länder drastisch gekürzt in den letzten Jahren und zwar bezahlen wir im Jahr 4 Mio. Euro. Nur ein Vergleich, die Schweiz bezahlt 73 Mio. Euro an Hilfe. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

GR Mag. Sippel:

Her Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Respekt vor unserer Geschäftsordnung, dass sie es ermöglicht, auch eine Anfrage, die im April gestellt worden ist, auf die Art und Weise verlesen zu bekommen. Respekt auch davor, da kann man jetzt ein Thema, das man letzte Sitzung intensivst diskutiert haben, auch wieder aufwärmen. Ich kann mich an diese Debatte, die sehr emotional war, erinnern. Ich habe da auch Einiges aushalten müssen diesbezüglich an Untergriffen, aber ich denke, Sie sollten auch Respekt haben vor demokratischen Entscheidungen. Alle drei Anträge, die letzten Monat auch hier gestellt worden sind, sie sind demokratisch abgelehnt worden. Da ist es ja darum gegangen. nehmen wir 100 Kinder aus Moria auf, nehmen wir 50 Kinder, nehmen wir 17 Kinder auf. Die Mehrheit in diesem Gemeinderat hat sich dafür ausgesprochen, für die Hilfe vor Ort zu sein und nicht falsche Signale in die Welt hinauszuschicken und die Migranten, Kinder von Moria, hier in Graz aufzunehmen. Ich glaube, diesen Respekt vor demokratischen Entscheidungen sollten Sie auch wahrnehmen (*Appl.*). Und der Bürgermeister hat es vorher ausgeführt, wie wichtig restriktive Zuwanderungspolitik, die wir auch in der Agenda 2022 festgeschrieben haben, ist. Eben um die Integration, die eine große Herausforderung ist, auch zufriedenstellend bewerkstelligen zu können und es ist richtig, und da geben ich dem Bürgermeister Recht, kein Mensch kann so herzlos sein, leidende Kinder nicht zu bemitleiden, da nicht auch wirklich Anteilnahme zu zeigen. Nur es ist auch immer eine Frage der Zuständigkeit und die Zuständigkeit, die wir als Grazer

Kommunalpolitiker haben, ist es, sich um die Kinder von Graz zu kümmern, und in Graz gibt es viele Kinder, die an oder unter der Armutsgrenze leben, was das bedeutet, ich glaube, das brauche ich hier nicht erzählen. Das bedeutet soziale Isolation, das bedeutet, ausgeschlossen sein, das bedeutet, auch nicht teilnehmen zu können an Sportveranstaltungen, am Vereinsleben, bei Musikkursen, etc. Das ist tatsächlich Kinderarmut, die wir auch in großem Ausmaß in unserer Stadt spüren. Da bin ich sehr, sehr froh, dass ich da auch einen Verbündeten, den Sozialstadtrat, habe, weil das wird auch Aufgabe der Zukunft sein, uns um die Kinder von Graz, um die armen Kinder von Graz zu kümmern, um da beispielsweise im Bereich der SozialCard, im Bereich des Härtefonds auch nachzuschärfen, um Kinderarmut auch tatsächlich in den Fokus zu stellen, der es sich verdient hat. Und um diese Zahlen, die tatsächlich auch erschreckend sind, auf lange Frist auch zu mildern und abschließend, Zuständigkeit ist, glaube ich, das richtige Stichwort, das, was in Moria passiert, das, was an den Grenzen Europas passiert, dafür gibt es klare Zuständigkeiten, das ist in erster Linie die Europäische Union, die hier auf allen Ebenen versagt hat, unsere Zuständigkeit liegt in erster Linie in Graz, deshalb voller Fokus auf die Kinder von Graz (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister und liebe Gäste im Livestream. Es ist bereits gesagt worden, wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung sehr sehr ausführlich über das Thema geredet, aber das bedeutet ja nicht, dass es jetzt weniger wichtig geworden wäre, oder dass es uns jetzt nicht mehr bekümmern sollte, weil die Situation in Griechenland ist nach wie vor unerträglich und unter jeder Menschenwürde. Positiv anmerken möchte ich, dass der Kollege Sippel sich anscheinend ein bisschen im Ton mäßigen konnte, verglichen mit der letzten Gemeinderatssitzung, was natürlich nichts an der Haltung der FPÖ geändert hat, aber ich bin zumindest froh, dass hier keine absoluten Falschaussagen und Unwahrheiten mehr verbreitet werden, also das möchte ich

positiv anmerken. Herr Bürgermeister, Sie haben ähnliche Argumente angeführt wie in der letzten Gemeinderatssitzung, aber ich werde den Eindruck nicht los, dass diese Argumente einfach Ausflüchte sind. Es sind Ausflüchte, weil Sie sich hier Ihrer humanistischen Verantwortung nicht stellen wollen. Etwas ist mir im Gedächtnis geblieben, in der langen Rede, die Sie gerade vorher vorgelesen haben, nämlich dass für Sie das Feilschen um die Zahl der Menschen, die aufgenommen werden sollen, eine humanistische Zumutung ist, dem kann ich etwas abgewinnen. Aber für mich ist eigentlich die wirklich humanistische Zumutung die Haltung der Grazer ÖVP in diesem Thema und ich glaube auch, dass es wirklich innerhalb der ÖVP da unterschiedliche Meinungen gibt. Man sieht in ganz Österreich, dass sich innerhalb der ÖVP Widerstand gegenüber dieser harten Linie regt und wir sehen auch in Graz, dass unzählige Menschen sich hier einen anderen Zugang wünschen. All diese Ausflüchte, die Sie genannt haben, die helfen den Menschen vor Ort in Griechenland nicht, die helfen den Menschen, die dort im Dreck sind, unter jeder Menschenwürde, nicht. Das sind alles Dinge, die Sie genannt haben, die sicher auch wichtig sind zu berücksichtigen, aber sie ändern nichts an der wirklich unerträglichen Situation und wir haben hier und heute die Möglichkeit, als Menschenrechtsstadt wirkliche moralische Verantwortung zu übernehmen und eine andere Haltung einzunehmen, deswegen gut, dass das Thema hier nochmal angesprochen wird. Wir haben in Graz unzählige Menschen, die sich etwas anderes wünschen. Denken wir an die Leute von der Seebrücke, die wirklich seit Monaten sich einsetzen, dass von den Kommunen aus eine Veränderung passiert, denken wir an Alt-Bürgermeister Stingl, an den ehemaligen Caritas-Direktor Küberl, viele, viele andere in Graz, die sich eine andere Haltung wünschen und ich frage Sie hier und heute, wie lange Sie wirklich noch auf diese Linie bestehen werden, weil ich glaube wirklich, dass der Zuspruch dafür schwindet und von dem her ist gut, dass wir nochmal darüber reden. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Robosch:**

Geschätzte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Herr Bürgermeister. Sie haben heute hier sehr oft Hilfe vor Ort strapaziert. Sie haben sehr oft gesagt, Hilfe vor Ort ist der einzige Weg, wie wir unsere Verantwortung wahrnehmen können. Sie haben auch gesagt, wir schicken diese Hilfe vor Ort scheinbar nicht nur mehr in Krisengebiete und aktive Kriegsgebiete, sondern wir schicken sie scheinbar jetzt auch schon in Europa herum und wir schicken Quartiere, Decken und Infrastruktur. Ich möchte Sie bitten, diese Quartiere auf Instagram anzuschauen, das sind Zelte, die im Dreck versunken sind, ich habe Sie auf Instagram markiert, Sie können sich das gerne anschauen, wie diese Zelte im Dreck versunken sind und das Lager wieder in einer unmenschlichen und untragbaren Lage ist, und dann haben Sie gefragt: „Ist es wirklich besser, 100 Menschen aufzunehmen, anstatt diese wirklich flächendeckende Hilfe vor Ort zu liefern?“ und ich sage hier und jetzt, es wäre besser gewesen, wir hätten unsere Verantwortung wahrgenommen, wir hätten Menschen wirklich aus dieser Lage befreit, wir hätten das Lager evakuiert, anstatt diese scheinheilige Hilfe vor Ort und Zelte zu schicken. Und ganz ehrlich, all diese Gründe, die Sie aufgezählt haben, mit Trainingscenter und Menschenrechtsstadt, mögen schön und gut sein, mögen Ihre plausible Erklärung sein; für mich sind es, genauso wie für die Kollegin Wutte, Ausflüchte und auch nach einer eineinhalbstündigen Diskussion und nach diesem Vortrag heute, kann ich nicht nachvollziehen, wie man sich als Graz wirklich noch Menschenrechtsstadt nennen kann. Diesen Titel haben Sie beschmutzt und diesen Titel haben Sie heute auch mit der Aussage, dass diese Initiative von Alt-Bürgermeister Stingl und Ex-Caritas-Chef quasi der falsche Weg ist, es ist der falsche Weg, Kinder aufzunehmen, da verdient man keinen Menschenrechtsstadttitel mehr.

Bgm. Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin, nachdem Sie anscheinend wirklich alles gerne durcheinanderbringen wollen, ich glaube, heute sehr deutlich gesagt zu haben, dass es unterschiedliche Möglichkeiten und Wege gibt zu helfen, ich habe auch klar und eindeutig betont, dass es wahrscheinlich für viele Regionen in Europa, auch in Griechenland selbst, dringend an der Zeit wäre, ihre bisherige Haltung zu ändern, Menschen aufzunehmen. Aber ich sage Ihnen auch ganz klar, niemand, und Sie fangen schon wieder an mit dem Fingerzeigen, vor dem ich uns gewarnt habe, niemand sollte der Stadt Graz die Initiative Menschenrechtsstadt, die wir seit zwei Jahrzehnten verfolgen, die von allen Gemeinderatsmitgliedern und von allen Fraktionen bisher getragen wurde, in der Art und Weise erwähnen, wie Sie das gerade getan haben (*Appl.*).

Es mag unterschiedliche Lösungen geben, diese Schwarz-weiß-Zeichnungen gibt es leider, auch das habe ich eingangs gesagt; für mich ist nur eines wichtig, dass wir auch betonen, was wir schon leisten und solche Zelte, wie wir sie aus Österreich jetzt hinuntergeschickt haben, haben die Menschen dort gar nie gesehen, weil ich glaube nicht, dass die Lager dann gebrannt hätten, sondern die waren vorher ganz anders untergebracht. Dass es jetzt schon wieder unter Umständen Problemstellungen dort gibt, ist klar, aber das ist Aufgabe in der Europäischen Union und das ist Aufgabe auch von Griechenland. Frau Gemeinderätin, ich war dabei, als wir 2015 die Aufgabe hatten, in Graz 100.000 Menschen zu versorgen. Es war mein Auftrag, ich war in Straßgang und überall, wo wir unsere Stationen aufgebaut haben mit dem Roten Kreuz, 100.000 wurden in Graz aufgenommen, 100.000 wurden in Graz erstversorgt, 100.000 wurden befragt, wo die Reise hingehen soll oder ob sie hierbleiben sollen. Wir haben, wenn ich es so sagen darf, Unglaubliches geleistet als Menschenrechtsstadt, das lasse ich mir weder von Ihnen, noch von jemand anderem schlechtreden, ... (*Appl.*)

... ganz geschweige denn von einer Flüchtlingssituation, die wir mit dem damaligen Konflikt in Jugoslawien erlebt haben. In Graz haben wir 22.000 Menschen sofort aufgenommen, das ist eine Menschenrechtsstadt. Aber dieses künstliche

Ausspielen, dieser Zeigefinger, in der Frage brauchen wir Diskurs und kein Diktat, und das habe ich mit meiner heutigen Antwort der Frau Gemeinderätin Braunersreuther geben wollen, da braucht es kein Diktat: Ich weiß alles besser als du. Ich habe nur festgestellt, wenn Österreich die Entscheidung fällt, dann werden wir wie immer unserer Verpflichtung nachkommen, aber ich will heute auch einmal betonen, dass so viele Menschen in Graz untergebracht werden wie kaum sonst so auf der Welt, und ich möchte um meine Verantwortung als Bürgermeister, und ich hoffe auch, dass Sie Ihre Verantwortung wahrnehmen wollen, dass die Menschen, die dann bei uns wirklich sein dürfen, auch wirklich integriert werden, und ich habe heute, glaube ich, sehr offen aufgezeigt, dass wir das noch lange nicht geschafft haben. Ganz im Gegenteil, unsere Integrationsfähigkeit der Stadt gehört hinterfragt, wenn wir so viele Menschen in der Sozialhilfe, in der Mindestsicherung, nicht Deutsch in der Muttersprache haben, wenn wir so viele Flüchtlinge gar nicht mehr zuordnen können, weil sie im Alter von 16 Jahren, nachdem sie auch nicht mehr schulpflichtig sind, einfach untertauchen und weg sind. Es gibt genügend Problemstellungen vor Ort und das zeigt letzten Endes auch die Gespaltenheit in unserer Gesellschaft, und nicht jeder, der hier kritische Worte findet, ist gleich ein Unmensch, und das möchte ich eigentlich für alle hier sehr, sehr deutlich aussprechen, im Speziellen auch für unser gemeinsames Handeln, und wenn heute von der Frau Braunersreuther gewünscht wurde, dass ich näher darauf eingehe, dann habe ich das getan, wir erfüllen unsere Aufgaben nicht nur, wir übererfüllen sie in Graz (*Appl.*).